

Deutschland am Pranger

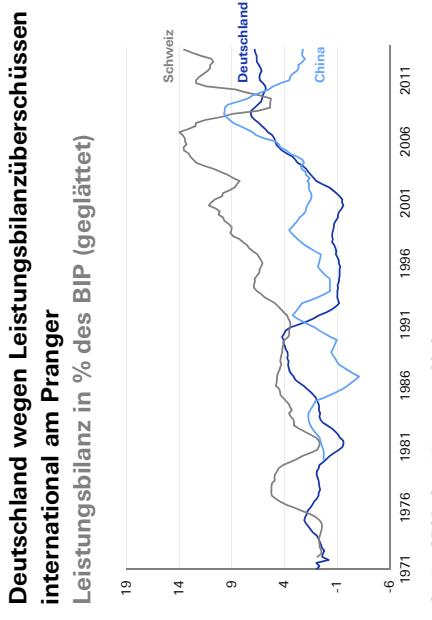
Hintergründe der Debatte um den deutschen Exportüberschuss

Deutscher Außenhandel im Fokus

Deutschland wird dieses Jahr voraussichtlich einen Leistungsbilanzüberschuss von mehr als 6 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erwirtschaften. Dementsprechend muss der Rest der Welt zwangsläufig ein Leistungsbilanzdefizit aufweisen. Die Finanzmarktkrise seit 2007 hat gezeigt, dass insbesondere Länder mit einem hohen Leistungsbilanzdefizit und einer hohen Auslandsverschuldung sehr anfällig für eine Finanzmarktkrise waren. So weisen mehrere Studien nach, dass sich sowohl die Leistungsbilanz als auch die Auslandsverschuldung in dieser und in vergangenen Finanzmarktkrisen konsistent als zuverlässige Frühindikatoren erwiesen haben. Schon seit Jahrhunderten wird darüber gestritten, inwieweit die „Defizitänder“ und/oder „Überschüssänder“ für den Aufbau von Ungleichgewichten und damit für die Entstehung von Krisen verantwortlich sind. Gemäß den historischen Erfahrungen waren in der Regel die Defizitänder gezwungen, die notwendigen Anpassungen vorzunehmen. Dabei waren sie in der Regel auf die finanzielle Unterstützung der Überschüssänder angewiesen. Waren die Überschüssänder nicht bereit, den Anpassungsprozess finanziell zu unterstützen, führte das zu schweren Finanzmarktkrisen. Dabei erlitten interessanterweise die Überschüssänder die größten wirtschaftlichen Schäden. Ein gutes Beispiel dafür ist die

Große Depression. Damals weigerten sich die Überschüssänder Frankreich und USA, die notwendigen Hilfen an die Defizitänder zu leisten und verschärften damit die Depression. In der Folge brach in beiden Ländern die Industrieproduktion im internationalen Vergleich am stärksten ein. Typisch für Überschüssänder sind eine schwache Binnennachfrage und die Notwendigkeit zum Export, während in Defizitändern die Binnennachfrage im Vergleich zu den Produktionskapazitäten stark ist. Dementsprechend trifft ein Einbruch der globalen Nachfrage ein Überschüsserland deutlich stärker als ein Defizitland.

Überschüssänder haben daher auch ein großes Interesse daran, Ungleichgewichte und Krisen nicht entstehen zu lassen. Was nutzt es deutschen Unternehmen und Arbeitnehmern, wenn hochwertige Autos und Maschinen exportiert werden, die mit US-Subprime-Anleihen und griechischen Staatsanleihen bezahlt sind? So reduzierte sich das Auslandsvermögen der deutschen Sparer aufgrund der Verluste bei Auslandsanlagen seit Ausbruch der Finanzmarktkrise 2007 bis heute um etwa 307 Mrd. EUR. Diese Verluste wurden von den Sparerinnen und den Steuerzahldern im Rahmen der Rettungspakete für Staaten und Banken getragen.

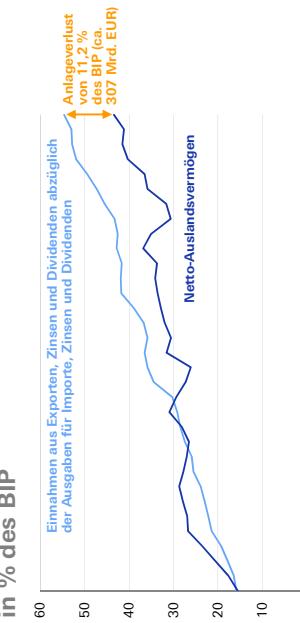


Die interessantesten Fragen sind nun, ob der deutsche Leistungsbilanzüberschuss zu globalen Ungleichgewichten beiträgt und ob er für Deutschland selbst vorteilhaft ist. Oft erwecken ausländische Kommentatoren den Eindruck, Deutschland könnte ganz einfach mit einer Erhöhung der Löhne oder einem Konjunkturprogramm den Leistungsbilanzüberschuss reduzieren. Die Lohnfindung erfolgt jedoch dezentral zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und Deutschland hat nicht ohne gute Gründe eine Schuldenbremse eingeführt. Es gibt also

Kapitalmarktausblick KW 48

keine einfachen Wege für Deutschland, den Leistungsbilanzüberschuss zu reduzieren.

Deutsche Sparer erleiden Verluste beim Auslandsvermögen in % des BIP

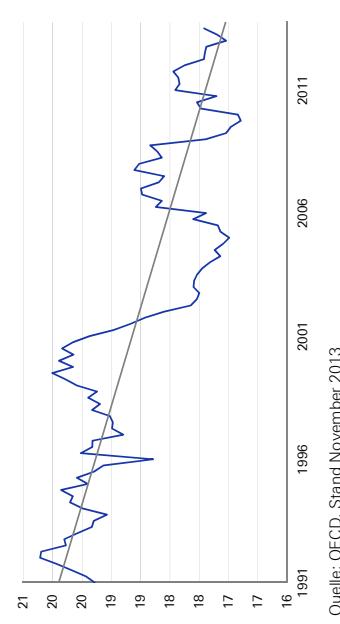


China damit künftig geringer zur Entstehung von globalen Ungleichgewichten beitragen wird.

Die internationale Kritik am deutschen Leistungsbilanzdefizit ist daher völlig verfehlt, da der Überschuss durch freie marktwirtschaftliche Prozesse zustande kommt und nicht durch eine staatliche Politik der Exportförderung oder Importbehinderung. Deutschland ist eine alternde Gesellschaft, die Ersparnisse jetzt aufbaut, um später das Konsumniveau halten zu können. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass infolge der Nullzinssatz der EZB ein Automatismus besteht, der die Bindennachfrage stimuliert und über die Zeit sowieso den Leistungsbilanzüberschuss verringert.

Die neue Bundesregierung sollte vor diesem Hintergrund einen starken Fokus auf die Unternehmensinvestitionen richten. An oberster Stelle stehen dabei die Energie- und Elektrizitätskosten: Die Unternehmen sollten weitestgehend und umfangreich von der EEG-Umlage befreit werden. Auch würde eine Deregulierung im Dienstleistungssektor den Anreiz für Investitionen erhöhen. Zudem wäre eine moderate Erhöhung der Staatsausgaben für Bildung sinnvoll.

Die Investitionsschwäche in Deutschland ist auch eine Folge der gestiegenen Kosten infolge der Energiewende



Die Frage, ob der Überschuss für Deutschland selbst von Vorteil ist, ist viel schwieriger zu beantworten. Sicherlich wäre es besser, wenn der Überschuss kleiner wäre und dafür die Unternehmensinvestitionen höher. So werden in der Regel die Ersparnisse in Deutschland zur Bank gebracht. Die Bank kann mit dem Geld einen Kredit im Inland oder im Ausland vergeben. Bei der Entscheidung über Kredite im Inland hat die Bank in der Regel eine fundiertere Informationsbasis und kann daher die Risiken besser einschätzen als bei Kreditscheidungen im Ausland. Wenn ein Kredit ins Ausland vergeben wird, folgt automatisch ein Export in gleicher Höhe. Natürlich hängt die Kreditvergabe im Inland von der Kreditnachfrage der Unternehmen ab. Leider wurde in den vergangenen Quartalen eher schwach investiert.

Divergente Konjunkturdynamik in der Eurozone

Die Konjunkturdaten zeigen, dass die einheitliche Geldpolitik in der Eurozone schon zunehmend die Anpassungsmechanismen in Gang gesetzt hat, um die Un-

Kapitalmarktausblick KW 48

gleichgewichte bei den Leistungsbilanzen innerhalb der Eurozone zu korrigieren. So stimuliert eine zu lockere Geldpolitik die Länder in Kerneuropa, während eine zu restriktive Geldpolitik die Binnennachfrage in den Ländern der europäischen Peripherie reduziert. Entsprechend dürfte der Geschäftsklimaindex (Donnerstag) der europäischen Kommission einen deutlichen Anstieg für Deutschland und nur moderate Zuwächse für die anderen Mitgliedsländer der Eurozone im November ausweisen. Auch dürfte die Erholung am europäischen Arbeitsmarkt (Freitag) von Deutschland angeführt werden. Für die Inflation in der Eurozone (Freitag) im November erwarten wir einen Anstieg auf 0,8 % von 0,7 % im Oktober. Deutschland sollte dabei zu den Ländern mit der höchsten Inflationsrate in der Eurozone gehören. Insgesamt dürfte sich das Bild einer sich erholsenden Wirtschaft in der Eurozone bestätigen, zumal zu erwarten ist, dass sich auch die Kreditvergabe (Donnerstag) und die Geldmengenaggregate (Donnerstag) verbessern.

USA noch mit schwachen Daten zum Wohnimmobilienmarkt

Der Zinsschock für den Wohnimmobilienmarkt infolge des deutlichen Anstiegs des Zinsgefüges seit Mai dürfte im Oktober noch nicht vollständig verarbeitet worden

sein. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass die Indizes für die Pending Home Sales (Montag) sowie die Baubeginne (Dienstag) und -genehmigungen (Dienstag) nur schwach ausfallen. Im Gegensatz dazu dürften die Unternehmen besser mit dem Zinsschock zurechtgekommen sein und über eine merkliche Erhöhung der Aufträge ohne Transport (Mittwoch) im Oktober berichten. Auch ist nach dem Ende des politischen Stillstands damit zu rechnen, dass das Konsumentenvertrauen (Dienstag und Mittwoch) gestiegen ist.

Wirtschaftsboom in Japan

In Japan läuft die Wirtschaft wieder rund. Dementsprechend ist mit einem kräftigen Zuwachs der Industrieproduktion (Freitag) und einer deutlichen Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt (Freitag) zu rechnen. Auch dürfte die Inflationsrate (Freitag) weiter gestiegen sein.

Freitag, 22. November 2013

	2013/01	2013/02	2013/03	2013/04	2013/05	2013/06	2013/07	2013/08	2013/09	2013/10	2013/11	2013/12	2014/01	2014/02	2014/03	2014/04	2014/05	2014/06	2014/07	2014/08	2014/09	2014/10	2014/11	2014/12	
POM	1945,65	9376,51	16,08	75,03	1907,02	1474	93,2%	0,00	1382,11	1245,71	1245,71	1245,71	0,00	1382,11	1245,71	1245,71	1245,71	1245,71	1245,71	1245,71	1245,71	1245,71	1245,71	1245,71	
RAS	2833,08	9376,51	0,00	256,07	5098,01	82,50	77%	0,00	4986,47	5610,46	5610,46	5610,46	0,00	4986,47	5610,46	5610,46	5610,46	5610,46	5610,46	5610,46	5610,46	5610,46	5610,46	5610,46	
SAN	4612,71	7091,48	0,00	248,00	9376,51	18,58	16,1%	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45
TAF	2498,93	9178,72	0,00	93,86	7091,48	53,35	6,1%	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45
BRM	33691,63	4217,03	32,73	14,32	4217,03	14,32	14,32	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45
LOS	11067,14	1003,74	80,31	2,55	103,74	17,76	43%	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45
KAT	16965,07	2491,17	11,64	18,20	2491,17	41,7	5,6%	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45
GER	54812,98	3169,31	94,59	49,04	3169,31	3169,31	0,00	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45
BIG	9551,03	1428,78	51,05	0,71	1428,78	44,09	16,5%	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45
LON	30121,62	2093,10	67,81	23,54	2093,10	1471	44,7%	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45
BKG	13002,81	7581,09	47,62	7,22	7581,09	3,90	3,90	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45
MUC	15873,03	3467,17	12,45	10,45	3467,17	3467,17	0,00	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45
BER	63057,29	2012,94	17,76	33,09	2012,94	16,38	7,8%	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45
CHE	29518,30	2194,71	31,65	29,44	2194,71	33,51	11,6%	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	0,00	1084	1422,55	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45	1551,45

Metzler Asset Management
Kontaktdresse
 Große Gallusstraße 18
 60311 Frankfurt am Main
 Postfach 20 01 38
 60605 Frankfurt am Main
 Telefon (0 69) 21 04 - 1414
www.metzler-fonds.com

Rechtliche Hinweise

Diese Unterlage der Metzler Asset Management GmbH (nachfolgend zusammen mit den verbundenen Unternehmen im Sinne von §§ 15 ff. AktG „Metzler“ genannt) enthält Informationen, die aus öffentlichen Quellen stammen, die wir verlässlich halten. Metzler übernimmt jedoch keine Garantie für die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Informationen. Metzler behält sich unangekündigte Änderungen der in dieser Unterlage zum Ausdruck gebrachten Meinungen, Vorhersagen, Schätzungen und Prognosen vor und unterliegt keiner Verpflichtung, diese Unterlage zu aktualisieren oder den Empfänger in anderer Weise zu informieren, falls sich eine dieser Aussagen verändert hat oder unrichtig, unvollständig, oder irreführend wird. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung von Metzler darf/dürfen diese Unterlage, davon getrennt, kopiert, vervielfältigt oder verteilt werden. Mit der Entgegennahme dieser Unterlage erklärt sich der Empfänger mit den vorangegangenen Bestimmungen einverstanden.